

▪ An die Mitglieder des Bildungspolitischen Netzwerks (BPN) der CDU NRW

Veranstaltung des BPN am 1. Dezember 2006

Die letzte Veranstaltung des BPN im Jahr 2006 am 1. Dezember war geprägt durch die „frühkindlichen Sprachförderung“. Als Referenten konnte der Vorsitzende des BPN Rolf Steuwe den NRW-Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Armin Laschet, vor den rund 65 Gästen begrüßen. Besonders erfreut zeigte sich Rolf Steuwe darüber, dass eine „Delegation“ koreanischstämmiger bildungspolitisch Interessierter aus Krefeld den Weg nach Düsseldorf gefunden hatte. Unter den Gästen mit koreanischer Zuwanderungsgeschichte befanden sich u.a. Bok-Chan Na (Journalist für die Koreanische Zeitung in Deutschland „Kyoposhinmun“), Martin Hyun (Diplom-Politologe) und der Bundesvorsitzende der Koreaner, Kiu-Hwan Sung.

Minister Laschet begann seinen Vortrag mit dem Hinweis, dass die NRW-Landesregierung auch das Thema „Integration“ in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns gerückt habe und NRW zum Land der neuen Integrationschancen machen wolle. Gemeinsam mit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers habe er im Frühjahr 2006 den „Aktionsplan Integration“ vorgestellt. Mit dem „Aktionsplan Integration“ habe die Landesregierung eine integrationspolitische Wende in Nordrhein-Westfalen eingeleitet und gleichzeitig ihre bundesweite Vorreiterrolle in integrationspolitischen Fragen unter Beweis gestellt: Als erstes Bundesland hatte NRW ein umfassendes 20-Punkte-Programm für Integration für den von Bundeskanzlerin Angela Merkel durchgeführten Integrationsgipfel auf Bundesebene vorgelegt. Dabei setzt Nordrhein-Westfalen auf eine moderne und realistische Integrationspolitik, die neue Integrationschancen für Männer und Frauen eröffnet, die fördert und fordert. Im Gegenzug fordert es von den Zugewanderten Respekt vor unserer Verfassung, unseren Grundwerten, unseren Gesetzen, unserer Kultur und unserer Sprache.

Ein zentraler Punkt des „Aktionsplans Integration“ ist der Ausbau der Sprachförderung vor der Einschulung der Kinder. Zwei Jahre vor der Einschulung wird nach dem neuen Schulgesetz der Sprachstand für jedes Kind verpflichtend festgestellt; die Verbindlichkeit wird geschaffen durch das Vorziehen der Schulpflicht. Wenn der Sprachstand des Kindes nicht altersgemäß ist und es die deutsche Sprache nicht hinreichend beherrscht, wird das Kind verpflichtet, an einem vorschulischen Sprachkurs teilzunehmen.

Die Kindergärten werden auch bei der Sprachförderung Orte frühkindlicher Bildung. Die seit Jahren üblichen "Crash-Kurse" werden schrittweise abgeschafft. Das Sprachförderangebot wurde im Jahr 2006 durch die Erhöhung der Mittel quantitativ und qualitativ verbessert, indem mehr und jüngere Kinder erreicht werden. Dabei wurden die finanziellen Mittel für die frühkindliche Sprachförderung im Jahr 2006 von 7,5 Millionen Euro auf rund 17 Millionen Euro erhöht. 40.000 Kinder mehr konnten dadurch in „Crashkursen“ gefördert werden (Kriterium für einen solchen Kurs: mind. 50 Prozent Kinder mit Zuwanderungsgeschichte).

Laschet forderte, dass in den nordrhein-westfälischen Schulen auch innerhalb der Pausen deutsch gesprochen werden solle. Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass leider in nur 50 Prozent der Zuwandererfamilien zu Hause deutsch gesprochen werde. Sprache solle so früh wie möglich vermittelt werden, das Elternhaus und die Schule seien dabei von elementarer Bedeutung. Wichtig sei ihm vor allem, dass die Überprüfung der Sprachkompetenz nun vom 6. auf das 4. Lebensjahr vorgezogen werde und im Schulgesetz verankert sei.

Zudem plane die NRW-Landesregierung ein neues Kindergartengesetz, das im Laufe des nächsten Jahres beraten und 2008 verabschiedet werden solle. Ziel sei es dabei, das Gesetz für Kindertageseinrichtungen (GTK) zu reformieren und den Bildungsanspruch der Kindergärten deutlicher zu beschreiben. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse der letzten Jahre belegten, dass Kinder so früh wie möglich gefördert werden sollten. Auch die Wirtschaft habe sich mittlerweile der frühkindlichen Sprachförderung angenommen, und zwar aus volkswirtschaftlichen und demographischen Hintergründen.

Neue bzw. erweiterte Aufgaben der Kindergärten müssten aber auch finanziell unterstützt werden, so der Minister weiter. Getreu dem Konnexitätsprinzip müsse das Land, wenn es neue Aufgaben festlege, die Kommunen, Träger und Kirchen auch finanziell in die Lage versetzen, diese erfüllen zu können. Im Klartext: mehr Geld für neue Bildungsaufgaben! Dafür habe er die Zusage von NRW-Finanzminister Helmut Linssen, erklärte Laschet. Derzeit laufe noch der Moderationsprozess mit der Firma Kienbaum. Dabei solle das Finanzierungssystem kindgerecht (pro-Kopf-Förderung) und nicht wie bisher mehr Gruppen-pauschal erfolgen.

Laschet wies daraufhin, dass in NRW, Stand Dezember 2006, 253 Familienzentren ihrer Arbeit nachgingen. Familienzentren seien auch ein Ort der Sprachförderung für diejenigen Kinder, die den Kindergarten nicht besuchten. Zudem sei eine Bildungsdokumentation in den Kindergärten erstrebenswert, um für die Grundschulen im Land schriftlich festzuhalten, welchen (Sprach-) Entwicklungsstand die Kinder hätten. Hinsichtlich der Debatte um die „Unterschicht“ (Prekariat) beklagte Laschet, dass Kinder zu Hause immer weniger vorgelesen würde und gerade deshalb der Kindergarten eine besondere Rolle inne habe hinsichtlich der Vermittlung von Sprache.

Hier einige Statements und Äußerungen von Minister Armin Laschet im Rahmen der sich anschließenden Fragerunden der Veranstaltung:

- die Schulpflicht wird um zwei Jahre vorgezogen: Der Jahrgang, der 2009 eingeschult wird, wird 2007 auf seinen Sprachentwicklungsstand hin getestet, die Vorbereitungen laufen bereits;
- der Kindergarten wird sich durch die Verschiebung des Einschulungsalters um sechs Monate nach vorn in Zukunft auf 2-5-jährige konzentrieren;
- Ziel der NRW-Landesregierung ist es, vor allem den Ausbau der Betreuung der unter 3-jährigen voranzubringen. Das neue Kindergartengesetz wird dem Rechnung tragen;
- die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher muss dem „neuen“ Aufgabenprofil und den steigenden Ansprüchen angepasst werden: Aktuell müssen die Erzieher/Erzieherinnen „nachgeschult“ und darauf vorbereitet werden;
- Laschet plädiert für eine bundeseinheitliche Lösung bei Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres (Verweis auf den Beschluss der CDU Deutschlands auf dem 20. Bundesparteitag 2006 in Dresden/mittelfristige Beitragsfreiheit des 3. Kindergartenjahres);

- Deutschland ist de facto ein Einwanderungsland, die Integrationspolitik vor diesem Hintergrund von entscheidender Bedeutung, vor allem für diejenigen mit Zuwanderungsgeschichte, die schon länger bei uns leben;
- 25 Prozent der Menschen in Nordrhein-Westfalen haben eine Zuwanderungsgeschichte;
- Michael Solf (MdL) betonte, dass Integration vor allem auch durch künstlerische Bildung und Maßnahmen gefördert werden könne; Musik müsse in den Kindergärten und Grundschulen verstärkt in den Fokus gerückt werden;
- Laschet begrüßte den Vorschlag aus den Reihen des Publikums, dass die CDU NRW in Zukunft einen „Newsletter“ entwickeln und via E-Mail versenden könnte, um die Migrantengruppen bzw. die gesellschaftlichen Gruppen mit Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen sowie die eigene Parteibasis regelmäßig über die Integrationspolitik der NRW-Landesregierung sowie die der Landespartei zu informieren;
- Laschet betonte, dass ihm der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern mit Zuwanderungsgeschichte besonders wichtig sei und regte zudem an, ergänzend zu einem möglichen „Newsletter“ von Seiten der Landespartei ein Netzwerk für alle Gruppen in NRW mit Zuwanderungsgeschichte zu gründen, um diese Gruppen enger an die Partei zu „binden“ (der Integrationsbeauftragte der NRW-Landesregierung Thomas Kufen hat u.a. einen Newsletter eingeführt);
- positiv aus Sicht von Laschet sei auch die Vielsprachigkeit von Kindern; zweisprachig aufwachsender Kinder, die zudem noch die Sprache Englisch erlernen könnten, seien eindeutig im Vorteil.

Weitere Statements und Äußerungen im Rahmen der Mitgliederversammlung:

- Michael Solf (MdL) betonte, dass die Erziehungsausbildung in Deutschland Nachholbedarf habe;
- Herbert Reul (MdEP) wies darauf hin, dass Rot-Grün bildungspolitisch im Kindergartenbereich in der Vergangenheit völlig versagt habe; nach dem Motto „der Kindergarten ist eine Spielwiese“ hätten Rot-Grün den Bildungsauftrag von Kindergärten nicht wahr genommen aus Angst, der Grundschule etwas „wegzunehmen“; die CDU/FDP-Landesregierung in NRW fördere den Kindergarten verstärkt als Bildungseinrichtung;
- aus den Reihen des Publikums wurde die Befürchtung geäußert, dass im Rahmen der Integrationskurse eine zu starke Segmentierung Gleichstämmiger erfolgen könnte; es gebe Fälle, wo bestimmte gesellschaftliche Gruppen mit Zuwanderungsgeschichte unter sich blieben, was die Integration nicht fördere; eine Privatisierung der Integrationskurse sei daher der falsche Ansatz.

Der Vorsitzende des BPN Rolf Steuwe dankte abschließend allen Gästen für ihre Teilnahme und wies darauf hin, dass im kommenden Jahr 2007 drei weitere Mitgliederversammlungen des BPN geplant seien. Diesbezüglich würden die Mitglieder rechtzeitig via Email informiert.

gez.
Fabian Schalt
CDU Nordrhein-Westfalen
Referent Politik / Betreuer BPN